

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15

Inhalt

Nur eine rundemeuerte FDP würde eine brauchbare Rolle im Bundestag einnehmen, meint **Dr. Peter Struck MdB**.

Seite 1

Irrationale Züge einer Diskussion um eine ökologische Landwirtschaft macht **Rudolf Müller MdB** aus.

Seite 2

Einen gesellschaftlichen Skandal nennt **Uta Zapf MdB** die Armut in Deutschland.

Seite 3

Eine Vernachlässigung der Interessen der Verbraucher wirft der deutschen EU-Ratspräsidentschaft **Dagmar Roth-Behrendt MdEP** vor.

Seite 4

Wenn es um die Kosten der deutschen Einheit geht, wirft Kanzler Kohl mit total falschen Zahlen um sich. Die richtigen Zahlen nennt **Joachim Poß MdB**.

Seite 5

Zweifel ob die Bioethik-Konvention des Europarats nicht mehr die Gen-Industrie statt die Menschen schützt, meldet **Manfred Reimann MdB** an.

Seite 6

49. Jahrgang / 191

5. Oktober 1994

Zur Rolle der FDP

In ihrem jetzigen Zustand macht die FDP keinen Sinn im Bundestag

**Von Dr. Peter Struck MdB
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-
Bundestagsfraktion**

Ich sehe den Niedergang der FDP mit einem lachenden, aber auch mit einem weinenden Auge. Aus Mitleid darf man die FDP nicht wählen, sie muß vielmehr eine Funktion ausfüllen, die für unsere Demokratie wichtig ist. Genau das tut der politisch organisierte Liberalismus leider schon lange nicht mehr.

Die FDP ist kein liberales Korrektiv zur Union. In allen zentralen Fragen ist sie entweder weggetaucht, wie in der Umweltpolitik, eingeknickt, wie bei der inneren Liberalität, oder in einer Bremserrolle, wie in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die FDP ist in ihrem heutigen Zustand nicht koalitionsfähig. Damit aber hat sie ihre eigenständige Rolle in der Parteienlandschaft verloren. Sie ist nur noch geduldetes Anhängsel, vom guten Willen des Kanzlers abhängig.

Der Kollege Burkhard Hirsch ist ein Außenseiter ohne jede Hoffnung auf Mehrheiten. Das Sagen haben inhaltsleere (und schlechte) Technokraten wie Kinkel, Rexrodt oder Solms. Anders als früher, hat die FDP heute inhaltlich und personell nichts außer bornierten Wirtschaftsinteressen anzubieten. Wie auch immer man zu den Inhalten von Lambsdorff oder Genscher stand, sie waren wenigstens noch Persönlichkeiten. Davon ist heute nichts mehr zu sehen.

Deshalb wäre es richtig, daß sich die FDP in der Opposition "erholt". Solange sie sich an Kohl, Schäuble und Co. fesselt, ist sie dazu nicht in der Lage. Was bringt auf Dauer eine FDP, die sich nur mit Mühe im Bundestag hält, aber in keinem Landtag mehr vertreten ist? Die FDP hat nur eine Chance, wenn sie sich auf liberale Werte besinnt, was jedoch mit ihren heutigen Führungspersonen und ihren heutigen Inhalten als konservative Wirtschaftspartei nicht zu machen ist.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kostenlos für Mitglieder
mit einem gültigen
Beleg des Tages



den Großteil der eigenen Einnahmen erhöht auch die Chance, daß die kommunalen Körperschaften das ihnen anvertraute Geld im Interesse der Bürger sorgfältig und sparsam einsetzen. Das Übermaß an Zweckzuweisungen reduziert die kommunale Eigenverantwortung. Die Durchsetzung dieser Prinzipien wird mittel- und langfristig den finanziellen Aufwand der Gemeinden vermindern und damit den öffentlichen Sektor effizienter machen und daher den Bürgern nützen.

Eckpunkte einer im Rahmen der anstehenden Neukonstruktion der Finanzverfassung (Bund, Länder, Kommunen) in der nächsten Legislaturperiode vorzunehmenden Reform des Gemeindefinanzsystems müssen sein:

- I. Übernahme aller Fremdlasten, die die Kommunen haben, durch die Bund und die Länder (unter anderem Pflege und Dauerarbeitslosigkeit, Wahrnehmung staatlicher Aufgaben im Auftrag der Länder ohne Finanzausgleich).
- II. Bei Übertragung von staatlichen Aufgaben auf die Kommunen deren gleichzeitige Ausstattung mit ausreichenden Finanzmitteln (Konnexitätsprinzip).
- III. Generell sollte den Gemeinden bei der Anwendung von Standards ein größerer Ermessensspielraum eingeräumt werden.
- IV. Kommunale Steuern beziehungsweise kommunale Anteile an Verbundsteuern sind zu modernisieren. Das heißt:
 1. Die Steuerbemessungsgrundlage der Gewerbesteuer muß im Hinblick auf ihre Ergiebigkeit und Stetigkeit verbreitert und verändert werden (Revitalisierung der Gewerbesteuer).
 2. Die Grundsteuer muß durch Einführung einer zeitnahen Bewertung und der Möglichkeit, gebietsbezogene (zonierte) Steuerhebesätze anzuwenden, modernisiert werden.
 3. Aufgaben und Steuern auf umweltpolitische Tatbestände müssen möglich gemacht werden.
 4. Die Verteilung des kommunalen Anteils an der Einkommensteuer muß mit der Zielsetzung neu geordnet werden, strukturschwache Kommunen besser zu stellen.

Würden diese Forderungen erfüllt, wären die Kommunen zum einen grundsätzlich entlastet und zum anderen vor allem aus einer finanzpolitischen Ausgabendynamik, die sie selbst nicht verantworten können, befreit.

Weit überdurchschnittliche Zuwächse zum Beispiel im Sozialhilfebereich können nicht weiter zu Lasten der im Durchschnitt konjunkturell verlaufenden Einnahmen der Kommunen gehen. Sollten sich nach der Einführung dieser Maßnahmen einer Gemeindefinanzreform in Zukunft nicht nur Entlastungen, sondern erhebliche Überschüsse auf der kommunalen Seite ergeben, ließen sich die Kommunen mit einer sogenannten Interessenquote am gesamtstaatlichen Finanzausgleich beteiligen.

Insgesamt muß es Ziel einer Gemeindefinanzreform sein, die kommunale Ebene zu stärken. Der Vorstand der Bundes-SGK vertritt darum die Auffassung, daß im Falle einer möglichen und nicht abweisbaren Unternehmenssteuerreform, die auch von der SPD unterstützt würde, die Gewerbesteuer nicht berührt werden darf. Vielmehr ist diese umzugestalten, wie in diesem Beschluß vorgeschlagen wird.

Eine im Ergebnis aufkommensneutrale, aber qualitativ veränderte Gewerbesteuer würde die jetzt noch belasteten Unternehmen teillasten, weil sowohl die zu steuernden Tatbestände wie auch der Kreis der zu Besteuernden erweitert würden.

Das Band zwischen örtlicher Wirtschaft und Kommune würde auf diese Weise noch stärker geknüpft werden als bisher, was im Interesse der Wirtschaft selbst, aber auch der Kommune und ihrer Bürgerinnen und Bürger ist.

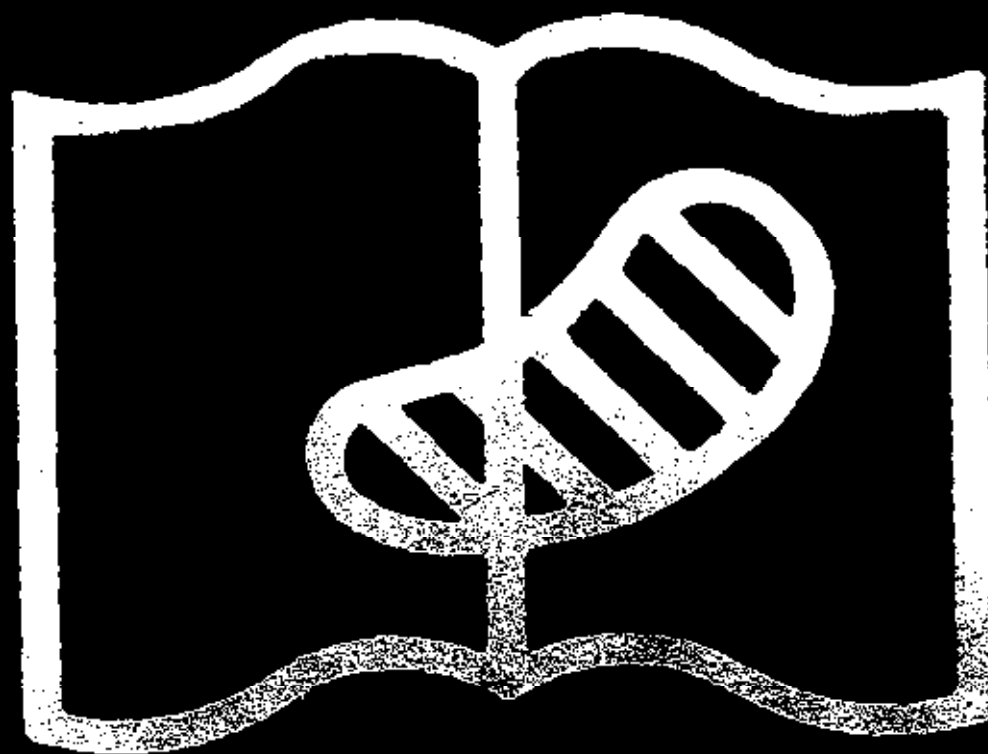
(-/28. Februar 1994/rs/fr)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion

Herrn

1994



ber auch
OP nicht
sere De-
Libera-

den Fra-
tik, ein-
serrolle,
in ihrem
eigen-
noch ge-

öffnung
gleichte)
ner, hat
en Wirt-
halten
s noch

erholt.
u nicht
öhe im
ie FDP
nt, was
gen In-

Ercheint täglich
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemföhre-Umarmung
mit weinlind-Rohstoffen
Recycling-Papier



den Großteil der eigenen Einnahmen erhöht auch die Chance, daß die kommunalen Körperschaften das ihnen anvertraute Geld im Interesse der Bürger sorgfältig und sparsam einsetzen. Das Übermaß an Zweckzuweisungen reduziert die kommunale Eigenverantwortung. Die Durchsetzung dieser Prinzipien wird mittelf- und langfristig den finanziellen Aufwand der Gemeinden vermindern und damit den öffentlichen Sektor effizienter machen und daher den Bürgern nützen.

Eckpunkte einer im Rahmen der anstehenden Neukonstruktion der Finanzverfassung (Bund, Länder, Kommunen) in der nächsten Legislaturperiode vorzunehmenden Reform des Gemeindefinanzsystems müssen sein:

- I. Übernahme aller Fremdiasten, die die Kommunen haben, durch die Bund und die Länder (unter anderem Pflege und Dauerarbeitslosigkeit, Wahrnehmung staatlicher Aufgaben im Auftrag der Länder ohne Finanzausgleich).
- II. Bei Übertragung von staatlichen Aufgaben auf die Kommunen deren gleichzeitige Ausstattung mit ausreichenden Finanzmitteln (Konnexitätsprinzip).
- III. Generell sollte den Gemeinden bei der Anwendung von Standards ein größerer Ermessensspielraum eingeräumt werden.
- IV. Kommunale Steuern beziehungsweise kommunale Anteile an Verbundsteuern sind zu modernisieren. Das heißt:
 1. Die Steuerbemessungsgrundlage der Gewerbesteuer muß im Hinblick auf ihre Ergiebigkeit und Stetigkeit verbreitert und verändert werden (Revitalisierung der Gewerbesteuer).
 2. Die Grundsteuer muß durch Einführung einer zeitnahen Bewertung und der Möglichkeit, gebietsbezogene (zonierte) Steuerhebesätze anzuwenden, modernisiert werden.
 3. Aufgaben und Steuern auf umweltpolitische Tatbestände müssen möglich gemacht werden.
 4. Die Verteilung des kommunalen Anteils an der Einkommensteuer muß mit der Zielsetzung neu geordnet werden, strukturschwache Kommunen besser zu stellen.

Würden diese Forderungen erfüllt, wären die Kommunen zum einen grundsätzlich entlastet und zum anderen vor allem aus einer finanzpolitischen Ausgabendynamik, die sie selbst nicht verantworten können, befreit.

Weit überdurchschnittliche Zuwächse zum Beispiel im Sozialhilfereich können nicht weiter zu Lasten der im Durchschnitt konjunkturlinear verlaufenden Einnahmen der Kommunen gehen. Sollten sich nach der Einführung dieser Maßnahmen einer Gemeindefinanzreform in Zukunft nicht nur Entlastungen, sondern erhebliche Überschüsse auf der kommunalen Seite ergeben, ließen sich die Kommunen mit einer sogenannten Interessenquote am gesamtstaatlichen Finanzausgleich beteiligen.

Insgesamt muß es Ziel einer Gemeindefinanzreform sein, die kommunale Ebene zu stärken. Der Vorstand der Bundes-SGK vertritt darum die Auffassung, daß im Falle einer möglichen und nicht abweisbaren Unternehmenssteuerreform, die auch von der SPD unterstützt würde, die Gewerbesteuer nicht berührt werden darf. Vielmehr ist diese umzugestalten, wie in diesem Beschluß vorgeschlagen wird.

Eine im Ergebnis aufkommensneutrale, aber qualitativ veränderte Gewerbesteuer würde die jetzt noch belasteten Unternehmen teilentlasten, weil sowohl die zu steuernden Tatbestände wie auch der Kreis der zu Besteuernden erweitert würden.

Das Band zwischen örtlicher Wirtschaft und Kommune würde auf diese Weise noch stärker geknüpft werden als bisher, was im Interesse der Wirtschaft selbst, aber auch der Kommune und ihrer Bürgerinnen und Bürger ist.

(-/28. Februar 1994/rs/fr)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Nur eine runderneuerte FDP würde eine brauchbare Rolle im Bundestag einnehmen, meint **Dr. Peter Struck MdB**.

Seite 1

Irrationale Züge einer Diskussion um eine ökologische Landwirtschaft macht **Rudolf Möller MdB** aus.

Seite 2

Einen gesellschaftlichen Skandal nennt **Uta Zapf MdB** die Armut in Deutschland.

Seite 3

Eine Vernachlässigung der Interessen der Verbraucher wirft der deutschen EU-Ratspräsidentschaft **Dagmar Roth-Behrendt MdEP** vor.

Seite 4

Wenn es um die Kosten der deutschen Einheit geht, wirft Kanzler Kohl mit total falschen Zahlen um sich. Die richtigen Zahlen nennt **Joachim Poß MdB**.

Seite 5

Zweifel ob die Bioethik-Konvention des Europarats nicht mehr die Gen-Industrie statt die Menschen schützt, meldet **Manfred Reimann MdB** an.

Seite 6

49. Jahrgang / 191

5. Oktober 1994

Zur Rolle der FDP

In Ihrem jetzigen Zustand macht die FDP keinen Sinn im Bundestag

**Von Dr. Peter Struck MdB
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-
Bundestagsfraktion**

Ich sehe den Niedergang der FDP mit einem lachenden, aber auch mit einem weinenden Auge. Aus Mitleid darf man die FDP nicht wählen, sie muß vielmehr eine Funktion ausfüllen, die für unsere Demokratie wichtig ist. Genau das tut der politisch organisierte Liberalismus leider schon lange nicht mehr.

Die FDP ist kein liberales Korrektiv zur Union. In allen zentralen Fragen ist sie entweder weggetaucht, wie in der Umweltpolitik, eingeknickt, wie bei der inneren Liberalität, oder in einer Bremserrolle, wie in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die FDP ist in ihrem heutigen Zustand nicht koalitionsfähig. Damit aber hat sie ihre eigenständige Rolle in der Parteienlandschaft verloren. Sie ist nur noch geduldetes Anhängsel, vom guten Willen des Kanzlers abhängig.

Der Kollege Burkhard Hirsch ist ein Außenseiter ohne jede Hoffnung auf Mehrheiten. Das Sagen haben inhaltsleere (und schlechte) Technokraten wie Kinkel, Rexrodt oder Solms. Anders als früher, hat die FDP heute inhaltlich und personell nichts außer bornierten Wirtschaftsinteressen anzubieten. Wie auch immer man zu den Inhalten von Lambsdorff oder Genscher stand, sie waren wenigstens noch Persönlichkeiten. Davon ist heute nichts mehr zu sehen.

Deshalb wäre es richtig, daß sich die FDP in der Opposition 'erholt'. Solange sie sich an Kohl, Schäuble und Co. fesselet, ist sie dazu nicht in der Lage. Was bringt auf Dauer eine FDP, die sich nur mit Mühe im Bundestag hält, aber in keinem Landtag mehr vertreten ist? Die FDP hat nur eine Chance, wenn sie sich auf liberale Werte besinnt, was jedoch mit ihren heutigen Führungspersonen und ihren heutigen Inhalten als konservative Wirtschaftspartei nicht zu machen ist.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vertriebspartner: Umwelt
auf dem Weg zum
Recycling-Papier



Unser Land braucht für die Zukunft wieder eine liberale Kraft, die gerade in Zeiten des Umbruchs zur Offenheit und Toleranz beiträgt. Die FDP könnte eine solche Rolle nur einnehmen, wenn sie sich völlig runderneuert. Auch deshalb gehört sie zur Kur in die außerparlamentarische Opposition.

Ich bin mir sicher, daß die FDP sich auf keinen Fall erneuern wird, wenn sie in der Kohl-Regierung bleibt. Also: Sie muß sich entweder für neue Koalitionen mit neuen Leuten offen zeigen oder aber sie gehört nicht mehr in den Bundestag.

(-/5. Oktober 1994/hgs/fr)

Was heißt ökologische Landwirtschaft? **Irrationale Züge einer fehlgeleiteten Diskussion**

Von Rudolf Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die ökologische Wende ist nicht aufzuhalten. Nachdem sich nun auch die Katholische Deutsche Bischofskonferenz in einer Studie für den ökologischen Umbau der Wirtschaft und für ein ökologisches Umdenken in der Agrarpolitik ausgesprochen hat, haben sich jetzt 16 Firmen und der BUND in einer gemeinsamen Aktion für eine höhere Besteuerung der Umweltnutzung bei gleichzeitiger Senkung der Leistungssteuern ausgesprochen.

Den meisten Unterstützern der BUND-Initiative geht es dabei - wie die FAZ berichtet - darum, die Forderung nach einer ökologischen Steuerreform "im Grundsatz" zu unterstützen. Über die konkrete Ausgestaltung sei noch kein Einvernehmen erzielt worden.

Das ist die Situation seit Jahren auch in der Agrarpolitik. "Im Grundsatz" ist jeder für eine "ökologische" Landwirtschaft, nur was das konkret ist oder sein soll, darüber wird man sich nicht einig. Denn es ist zwar leicht, seinen eigenen Vorstellungen mit der Bezeichnung "ökologisch" sozusagen eine höhere Weihe zu geben, aber ob die deswegen realitätsnäher oder menschenfreundlicher sind als andere, ist damit noch nicht bewiesen.

Tatsache ist, daß die Produktionssteigerung mit Hilfe von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln in Europa zu Überschüssen, aber auch zu anderen Problemen geführt hat. Tatsache ist allerdings auch, daß ohne den Einsatz solcher Hilfsmittel die Erträge weit unter das Maß sinken würden, das zur Ernährung unserer Bevölkerung nötig ist, von der Nahrungsmittelhilfe für die Opfer von (meist politischen) Katastrophen gar nicht zu reden.

Es geht also letzten Endes nur um das richtige Maß und das Abstellen erkannter Fehlentwicklungen, wie zum Beispiel den Einsatz nicht abbaubarer Pflanzenschutzmittel, die am Ende die Gesundheit der Menschen gefährden. Ob das den schon fast als Weltanschauungskampf geführten Streit um "ökologische" oder "konventionelle" Landwirtschaft rechtfertigt, ist zu bezweifeln. Dabei werden in dieser Diskussion vielfach Dinge durcheinandergemischt, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben.

So hat die Veränderung der Landschaftsstruktur, zum Beispiel das Abholzen von Hecken - eine wichtige Ursache des Artenschwundes - im Prinzip ebensowenig mit "konventioneller" Landwirtschaft zu tun wie die "ökologische" mit der Betriebsgröße. Das meiste an Entwicklungen, die sich als nicht wün-

schenswert oder gar negativ herausgestellt haben, hat seine Ursache in einer falschen Agrarpolitik oder in mangelnden Kenntnissen.

So soll zum Beispiel nur jeder 4. Landwirt über die Möglichkeit von Nitratuntersuchungen seines Bodens informiert sein, und noch viel weniger sollen davon Gebrauch machen. Gute Aus- und Fortbildung und die Nutzung gegebener Techniken zur Minimierung beziehungsweise Optimierung des Betriebsmitteleinsatzes unterscheidet jedoch fähige von weniger fähigen Betriebsleitern und nicht 'ökologisch' wirtschaftende von 'nicht ökologisch' wirtschaftenden Bauern.

Die Diskussion zeigt manchmal schon fast irrationale Züge. Der gerade verstorbene Philosoph Karl Popper hat klargemacht, daß es Fortschritt nur über den Umweg von Fehlschritten geben kann, die korrigiert werden. Rückschritte jedenfalls kann sich eine noch immer wachsende Menschheit nicht leisten, am wenigsten auf dem Gebiet der Ernährung. Es wird Zeit, daß die Diskussion über die Zukunft der Nahrungsmittelproduktion sich wieder mehr an allen Zusammenhängen und der Realität und nicht nur an den möglichen oder tatsächlichen, aber abstellbaren Gefahren orientiert.

(-/5. Oktober 1994/hgs/fr)

Armut in Deutschland **Ein gesellschaftlicher Skandal**

Von Uta Zapf MdB

Armut wird tabuisiert und ignoriert. Beharrlich weigert sich die Bundesregierung, einen Armutsbericht vorzulegen. Sie verweist auf die bestehenden Sicherungssysteme, sprich die Sozialhilfe. Ist also, wer Sozialhilfe bezieht, in den Augen der Bundesregierung nicht arm?

4,2 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ost und West sind auf Sozialhilfe angewiesen. Legt man die Definition der EU an, werden es weit mehr sein, die als arm zu gelten haben. Die EU definiert als Armutsgrenze 50 Prozent des Durchschnittseinkommens, für die Bundesrepublik bedeutet das : Die Armutsgrenze liegt bei circa 820 DM.

Die Armut ist nicht mehr ausschließlich weiblich. Das bedeutet allerdings, nicht, daß sich die Situation der Frauen verbessert hätte, sondern daß Armut sich insgesamt dramatisch ausweitet und weitere Gruppen der Gesellschaft ergriffen hat.

Waren es früher vor allen Dingen die alten Frauen mit den kleinen Renten, die von Armut betroffen waren, so sind heute Arbeitslose (vor allem Langzeitarbeitslose), Alleinerziehende, kinderreiche Familien bedroht. Dazu kommen alle diejenigen, die durch ständig steigende Wohnmieten in Armut gedrängt werden.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht. Man muß davon ausgehen, daß auf zwei Menschen, die ihren Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen, mindestens einer kommt, der aus Scham oder Unwissen darauf verzichtet (bei älteren Menschen ist das Verhältnis nach einer Untersuchung des Bundesarbeitsminister sogar eins zu eins!). Auch die verdeckte Armut ist also groß.

Die zunehmende Armut birgt gesellschaftlichen Sprengstoff. Die Nationale Armutskonferenz spricht von 'noch nie dagewesenen sozialen und politischen Zerreißproblemen'. Ein Viertel unserer Gesell-

schaft lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. 850.000 Obdachlose, eine Million Langzeitarbeitslose und immer mehr Jugendliche, die von Armut betroffen sind, sprechen eine beredete Sprache.

Ein Viertel der Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen sind Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Ursache ist die soziale Not, in die Alleinerziehende und kinderreiche Familien mit geringem Einkommen geraten. Ursache sind auch die steigenden Mietpreise, die zunehmend Familien in die Obdachlosigkeit bringen. Über die Hälfte der Bewohner von Obdachlosenunterkünften sind heute Kinder. Die Gruppe der unter 25jährigen macht heute 45 Prozent der Hilfeempfänger aus.

Armut ist ja mehr als Mangel an Einkommen. Armut bedeutet schlechte Wohnung, Gesundheitsrisiken, Mangel an Zugang zu Bildung und Kultur, Isolation vom Rest der Wohlstandsgesellschaft. Armut verringert die Lebens- und Zukunftschancen. Armut führt zu Aggression, Depression und Krankheit, sie vernichtet Wissen, zerstört Familien und gebiert Gewalt.

Wer bei dem Thema "Umverteilung" von Sozialneid spricht, muß sich diese Zahlen und Fakten vor Augen halten lassen. "Eine Gesellschaft, die sich in Arme und Reiche spaltet, wird für sich selbst gefährlich." (Friedrich Schorlemmer). Allerhöchste Zeit also zum Handeln.

Es darf keine weiteren Einschnitte in das ohnehin löcherige soziale Netz geben. Wer Arbeitslose bestraft durch Wegfall des Arbeitslosengeldes nach zwei Jahren, wer Sozialhilfe kürzt und den ungebremsten Anstieg von Mieten fördert, leistet einer Gesellschaft Vorschub, in der Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt sich ausbreiten. Diese kann man nicht durch Verschärfung von Gesetzen verhindern.

Die SPD fordert arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, eine Steuergesetzgebung, die Familien mit Kindern besserstellt, ein erhöhtes Kindergeld und den Einstieg in eine bedarfsgerechte soziale Grundsicherung, damit längerfristig die Sozialhilfe ihre eigentliche Aufgabe - Hilfe im Einzelfall - wieder wahrnehmen kann und nicht dazu herhalten muß, massenhafte Armutsrisiken wie Arbeitslosigkeit, zu geringe Renten, Kinderreichtum oder Alleinerziehung abzusichern.

(-/5. Oktober 1994/hgs/fr)

Liedtragende sind die Verbraucher Deutsche EU-Ratspräsidentschaft vernachlässigt Verbraucherschutz

**Von Dagmar Roth-Behrendt MdEP
Sprecherin für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit der SPD-Europaabgeordneten**

Das Vorhaben der CDU-geführten deutschen EU-Ratspräsidentschaft, den Verbraucherschutz in der Europäischen Union hintanzustellen und zu renationalisieren ist skandalös und provoziert den unterschiedlichen Widerstand der deutschen Sozialdemokraten. Konsequenz der durch die Bundesregierung vorbereiteten Entscheidung des Ministerrats, die Haushaltsmittel drastisch zu kürzen, wäre praktisch das Aus für viele gemeinnützige Verbraucherschutzorganisationen in der Europäischen Union, die auf Unterstützung durch die Union angewiesen sind.

Unter deutscher Führung versucht der Ministerrat die ohnehin schon knapp bemessenen Haushaltsmittel für den Titel Verbraucherschutz nochmals um die Hälfte auf lächerliche acht Millionen ECU (16 Millionen DM) zu reduzieren. Als Begründung wird ein "aufgeblähter EU-Haushalt" angegeben. Das ist geradezu zynisch, wenn andererseits die Subventionen im Tabakanbau zwei Milliarden DM

kosten wird. Das Europäische Parlament wird seine Haushaltsrechte zu nutzen wissen. Der Ministerrat wird gezwungen werden, die Mittel neu einzusetzen.

Auch in der Gesetzgebung ist es beschämend, was sich die Bundesregierung leistet. Was wir für einen funktionierenden Binnenmarkt brauchen sind europaweit geltende Schutzrechte. Es darf keinen Unterschied machen, ob man eine Leistung in Lissabon oder in Berlin in Anspruch nimmt. Das Vorhaben der Bundesregierung die Verbraucherschutzpolitik zu renationalisieren, bedeutet einen Rückschritt, führt zu Zerstückelung und Rechtsunsicherheit. Leidtragende sind letztendlich die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Bundesregierung ist darüberhinaus aufgefordert, endlich die Arbeiten an der EU-Richtlinie zur Regelung der Gebühren bei Auslandsüberweisungen voranzubringen.

Die Bundesregierung favorisiert derzeit ein System freiwilliger Abmachungen. Das wird nicht funktionieren. Die Banken werden sich freuen und die Verbraucher nach wie vor die unverschämte hohen, im Zeitalter der modernen Datenübertragung durch nichts zu rechtfertigenden Gebühren bezahlen müssen. Technisch gesehen macht es keinen Unterschied ob Geld von Berlin nach München oder nach Brüssel überwiesen wird. Es bestehen weder Währungs- noch Versicherungsrisiken. Wozu also die Gebühren? Ohne gesetzlichen Zwang wird sich nichts ändern. Leidtragende sind wieder einmal die Verbraucher.

(-/5. Oktober 1994/hgs/fr)

Des Kanzlers falsche Zahlen

Belastungen des Bundes durch Leistungen an die neuen Länder für 1990 bis 1994 beträgt nicht 560 Milliarden DM, sondern nur 167 Milliarden DM

Von Joachim Poß MdB

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die von Bundeskanzler Kohl genannte Zahl von 560 Milliarden DM als West-Ost-Transfer in die neuen Länder ist falsch. In der Zahl von 560 Milliarden DM sind nämlich nach den Angaben des Bundesfinanzministers auch Zahlungen an die GUS-Staaten, Zinszahlungen für Schulden des Bundes, Zinserstattungen an die verschiedenen Fonds sowie andere im weitesten Sinne "einigungsbedingte" Zahlungen enthalten, die nicht den neuen Ländern oder den hier lebenden Menschen zugute kommen. Zudem handelt es sich um eine Brutto-Angabe über die Ausgaben des Bundeshaushalts, bei der die Einnahmen des Bundes auf Grund der von den Bürgern in den neuen Ländern gezahlten Steuern von rund 180 Milliarden DM nicht gegengerechnet sind.

Der "Netto-Transfer" aus dem Bundeshaushalt, das heißt die Ausgaben für die neuen Länder minus die Einnahmen aus Ostdeutschland, beträgt hingegen nur 255 Milliarden DM in den Jahren 1990 bis 1994.

Aber auch dies ist noch nicht die ganze Wahrheit. Die tatsächliche Belastung des Bundes ist wesentlich geringer, da für den genannten Zeitraum einerseits sogenannte "teilungsbedingte Kosten" in Höhe von 27 Milliarden DM weggefallen sind und andererseits der Bund aus "einigungsbedingten Steuererhöhungen" Steuermehreinnahmen in Höhe von 85 Milliarden DM hatte. Per Saldo beträgt daher die Netto-Belastung des Bundes für den gesamten Zeitraum von 1990 bis 1994 nur 167 Milliarden DM (279 Milliarden DM ./. 27 Milliarden DM ./. 85 Milliarden DM). Das ist nicht einmal ein Drittel der von Bundeskanzler Kohl benutzten Wahlkampfzahl von 560 Milliarden DM.

(-/5. Oktober 1994/hgs/fr)

Gen-Industrie verschafft sich weiten Spielraum
Die Bioethik-Konvention - zum Schutz der Rechte und der Würde der Menschen?

Von Manfred Reimann MdB
Parlamentarischer Delegierter beim Europarat

Heute steht auf der Tagesordnung des Europarates die umstrittene Bioethik-Konvention, deren Ziel die Harmonisierung internationaler Regelungen bei der Anwendung von Biologie und Medizin ist, um gleiche Voraussetzungen für die Forschung und für die Unterzeichnerstaaten verbindliche ethische Mindeststandards zu schaffen.

Die vorgesehene Harmonisierung soll wieder einmal auf dem niedrigsten gemeinschaftlichen Level stattfinden, und in einigen Punkten widerspricht der Konventionsentwurf eklatant deutschem Recht.

Als Beispiel soll hier der Artikel zu Embryonenforschung genannt werden, die nach deutschem Recht zu welchem Zeitpunkt auch immer verboten ist, im Konventionsentwurf aber bis zum 14. Tag erlaubt sein soll. Man muß aber berücksichtigen, daß eine Embryonenforschung im Reagenzglas ohnehin nur innerhalb der ersten zwei Wochen sinnvoll durchgeführt werden kann, weil ein solcher Embryo kaum länger lebensfähig ist. Hier, so scheint es, haben die Interessen der Gen-Industrie sich den weitestmöglichen Spielraum verschafft.

Aber es gibt bei diesem Entwurf eine ganz grundsätzliche Problematik, an der sich deutlich ablesen läßt, wie weit der Weg bis zu einer europäischen Harmonisierung, geschweige den Einigung, noch ist. Der Originaltext ist in englisch abgefaßt, doch für die einzelnen Mitgliedstaaten werden Übersetzungen gefertigt, die als Grundlage zur Umsetzung in nationales Recht dienen.

Bei der Übersetzung ergeben sich erhebliche unterschiedliche Spielräume für die Auslegung. Der englische Begriff "incapacitated person" beschreibt eine Person, die nicht in der Lage ist, ihre eigene Situation zu beurteilen und verantwortlich, sich selbst betreffende Entscheidungen zu fällen und mitzuteilen. Da nun aber jemand nach fast jeder Ursache als "incapacitated" gelten könnte, muß diese Definition für deutsches Recht einfach als zu breit angesehen werden.

Die korrekte Übersetzung "geschäftsfähig" bedeutet im Deutschen etwas völlig anderes. Gegen diesen Teil des Konventionsentwurfes wehren sich vor allem Behinderte, und das mit Recht. Denn es ist in keiner Weise einzusehen, daß jemandem, der zum Beispiel durch einen Sportunfall querschnittsgelähmt ist, die Geschäftsfähigkeit aberkannt wird.

Dies waren nur zwei Ansatzpunkte für die dringend notwendige Kritik am Entwurf. Alles in allem handelt es sich um ein ausgesprochen brisantes Thema. Es ist bedauerlich, daß der Europarat als parlamentarisches Gremium so wenig im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht.

Zwar hat der Europarat keine gesetzgeberische Funktion sondern kann lediglich Empfehlungen verabschieden und Absichtserklärungen verkünden. Aber seine Initiativen reichen letztlich doch weit in die nationale parlamentarische Arbeit hinein.

Deshalb ist es wichtig und notwendig, gerade solche problematische Entwürfe wie den der Bioethik-Konvention so publik wie möglich zu machen und alle Kontroversen öffentlich auszutragen. Nur so kann sichergestellt werden, daß sich nicht partikuläre Interessen zum Beispiel der Gen-Industrie in den Vordergrund spielen, sondern tatsächlich der Schutz der Rechte und der Würde von Individuen als oberste Handlungsmaxime erhalten bleiben.

(-/5. Oktober 1994/hgs/fr)
